

ENERGIEWENDE FÜR ÖSTERREICH – EINE TECHNISCHE, RECHTLICHE UND POLITISCHE HERAUSFORDERUNG!

TEIL 2: RECHTLICHE ERFORDERNISSE UND POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN

**Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Kerschner, Vorstand des Institutes für Zivilrecht und
des Institutes für Umweltrecht, Altenberger Straße 69, 4040 Linz,
Tel.: +43 732 2468 8403, Fax: +43 732 2468 8568**

Alle Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energieträger können nur unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgen. Projekte können an Genehmigungen gebunden sein. Maßnahmen können überhaupt verboten sein. Möchte man daher die Energieeffizienz wesentlich erhöhen und den Einsatz erneuerbarer Energieträger steigern, ist eine Rechtsordnung, die dies zulässt, ja sogar fördert, unabdingbar.

Einer Energiewende hin zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energieträgern erfordert daher eine Analyse und in weiten Bereichen eine Neugestaltung des Rechtsrahmens. Dies betrifft nicht nur die Gesetzesmaterien mit unmittelbarem Energiebezug wie Ökostromgesetz oder EIWOG, sondern selbstverständlich auch Regelungen in ganz anderen Bereichen, wie z.B. Raumordnung, Baurecht, Wasserrecht etc.

Die Studie Rechtsrahmen für eine Energiewende Österreichs (REWÖ) leistet eine Identifikation und eingehende Analyse der Hemmnisse für eine Energiewende mit dem Schwerpunkt von Rechtsfragen. Eine umfangreiche Literaturrecherche, eigene wissenschaftliche Arbeiten sowie umfangreiche Erhebungen bei Stakeholdern (Online-Umfrage, Interviews, Workshops ...) dienen dazu, eine Vielfalt an Vorschlägen zur Behebung oder Linderung solcher Hemmnisse abzuleiten. Der aktuelle Rechtsrahmen (EU, Österreich) wurde analysiert und die wichtigsten Änderungsbedarfe rechtlich ausformuliert – von ordnungsrechtlichen Vorgaben bis zur Adaptierung einiger Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft.

Als Ergebnis liegt eine Vielfalt von Maßnahmenvorschlägen und Textvorschlägen zur Berücksichtigung in den betreffenden Gesetzesmaterien vor. Ein Teil dieser Vorschläge lässt sich vermutlich problemlos und rasch realisieren, ein anderer Teil lässt große Herausforderungen für die Bürger und damit insbesondere für die Politik erwarten. Je nach Komplexität und zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Umsetzung in die Praxis wurden die Vorschläge daher hinsichtlich der politischen Umsetzbarkeit in kurzfristige, mittelfristige und langfristige untergliedert (kurzfristig etwa Energieeffizienzgesetz, Stand der Technik, Vergaberecht, Wohnrecht). Im Vortrag werden einige wesentliche Beispiele kurz dargestellt (verfassungsrechtliche Vorschläge [Bekanntnis zu nachhaltiger Energiewirtschaft], Energieeffizienzgesetz [Umsetzung bis 4.6.2014: konsequente Umsetzung der EU-Vorgaben], Baurecht [mögliche Änderungen des Bauordnungs- und Bautechnikrechts]). Auch das

Spannungsfeld Naturschutz und erneuerbare Energien (Ökologie gegen Ökologie: Entscheidungen des Gesetzgebers) wird illustriert.